

SICHERHEIT  
ZUERST!



## Kriminelle bestrafen statt hätscheln

Die Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine lockere Politik, eine inkonsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum führten dazu, dass unser Land heute in Europa zu den Staaten mit einer hohen Kriminalität zählt. Die Schweiz darf aber kein Eldorado für Kriminelle werden. Eine Politik mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Vollzug ist endlich durchzusetzen.

### **Die Unsicherheit wächst**

Alle acht Minuten steigen irgendwo in der Schweiz Einbrecher in eine Wohnung oder ein Haus ein. Auf 100'000 Einwohner kommen 932 Einbrüche pro Jahr. Damit ist die Schweiz für Banden und Diebe Zielland Nummer eins in Europa. Viele fühlen sich nicht mehr sicher in unserem Land. Ältere Leute wagen sich nach Einbrechen der Dunkelheit nicht mehr auf die Strasse. Jugendliche werden im Ausgang bedroht und angegriffen.

### **Auftragsverweigerung der Politik**

Die Ausländerkriminalität steigt stetig an. Am 28. November 2010 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und eine Mehrheit der Kantone der Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer zugestimmt. Anstatt den Volkswillen rasch und konsequent umzusetzen, legt das Parlament viereinhalb Jahre nach der Abstimmung eine Umsetzungsvariante vor, die sich am abgelehnten und untauglichen Gegenentwurf zur Volksinitiative orientierte. Tausende von ausländischen Straftätern konnten deshalb seit Annahme der Initiative nicht ausgeschafft oder mit einem Einreiseverbot belegt werden. Die SVP sah sich gezwungen, im Dezember 2012 eine Durchsetzungsinitiative einzureichen, damit die Classe politique in Bern endlich handelt. Bisher wird nur laviert und verzögert. Das Volk wird auch hier erneut den Weg weisen müssen.

### **Zahnloses Strafrecht**

Das revidierte Strafgesetzbuch sieht drei Arten von Strafen bei Verbrechen oder Vergehen vor: Freiheitsstrafe, Geldstrafe und gemeinnützige Arbeit. Jede dieser Strafen kann bedingt oder teilbedingt ausgesprochen werden. Mit der Revision des Strafgesetzbuches wurden Geldstrafen und, bei Zustimmung der Täter, gemeinnützige Arbeit eingeführt, welche die bis dahin ausgesprochenen kurzen Freiheitsstrafen ablösen sollten. Die Gesetzesrevision hat dazu geführt, dass Täter die Sanktionen nicht spüren, da diese bedingt ausgesprochen werden können. Vom Drogendealer über den Dieb bis zum Gewalttäter werden Kriminelle nach einer kurzen

Befragung durch die Polizei wieder auf freien Fuss gesetzt, der unbescholtene Bürger hingegen wird zum Beispiel mit Bussen im Strassenverkehr richtiggehend geschröpft.

### **Jugendliche in Gefahr**

Unser Strafrechtswesen krankt heute in verschiedenen Bereichen. Zum einen werden – vor allem bei Gewaltdelikten – zu milde Strafen ausgesprochen. Viele Richter schöpfen das mögliche Strafmass nicht aus. Zu viele zu milde Urteile und der lasche Vollzug sorgen dafür, dass die erforderliche abschreckende Wirkung fehlt. Ein weiteres Problem sind die teilweise viel zu langen Verfahren. Unser Strafrecht ist mittlerweile schwergewichtig darauf ausgerichtet, für Täter eine entgegenkommende und hilfebetende Sanktion zu finden, welche die Therapiewirkung höher gewichtet als den Straf- und Abschreckungscharakter. Dabei geht – gerade bei Gewaltdelikten – das Opfer vergessen. Auch im Bereich Jugendstrafrecht sind Verschärfungen angezeigt. Dass 17-jährige Straftäter erheblich mildere Strafen und Sanktionen erfahren, hat sich in organisierten Verbrecherkreisen herumgesprochen, weshalb vermehrt Kinder für die Verübung von Straftaten rekrutiert werden.

### **Grenzenlosigkeit als Problem**

Das Abkommen von Schengen will den freien Reiseverkehr durch die Aufhebung der systematischen und verdachtsunabhängigen Personenkontrollen an den Binnengrenzen fördern. Offene Grenzen bedeuten jedoch auch offene Wege für Kriminaltouristen und illegale Einwanderung. Ausländische Diebesbanden veranstalten regelrechte Raubzüge durch unser Land. 2013 waren 75% der 10'982 für Diebstahl verurteilten Straftäter Ausländer. Nur jeder fünfte dieser Ausländer hat einen festen Wohnsitz in der Schweiz bzw. eine B- oder C-Niederlassung. Zudem hat die Schweiz mit Schengen ihre Selbständigkeit bei der Ausstellung von Visa aufgegeben. Probleme bestehen auch an der Schengen-Aussengrenze. Diese ist so löchrig wie ein Sieb.

### Volkentscheide durchsetzen

Mit der Durchsetzungsinitiative hat die SVP gezeigt, wie die Ausschaffungsinitiative umzusetzen ist. Dass die SVP überhaupt dazu genötigt wurde, zeigt, wie respektlos mit Volkentscheiden umgegangen wird. Die Durchsetzungsinitiative führt zwei Deliktsarten auf: Wer ein schweres Delikt begeht (z.B. vorsätzliche Tötung, Mord, schwere Körperverletzung, Raub, Menschenhandel, Vergewaltigung usw.), wird des Landes verwiesen. Wer ein minderschweres Delikt begeht (z.B. Freiheitsberaubung, Brandstiftung, Gewalt und Drohung gegen Beamte usw.), wird des Landes verwiesen, sofern er bereits vorbestraft war. Dieser Umsetzungsvorschlag ist verhältnismässig und hätte längst umgesetzt werden sollen.

### Null-Toleranz bei Gewalt

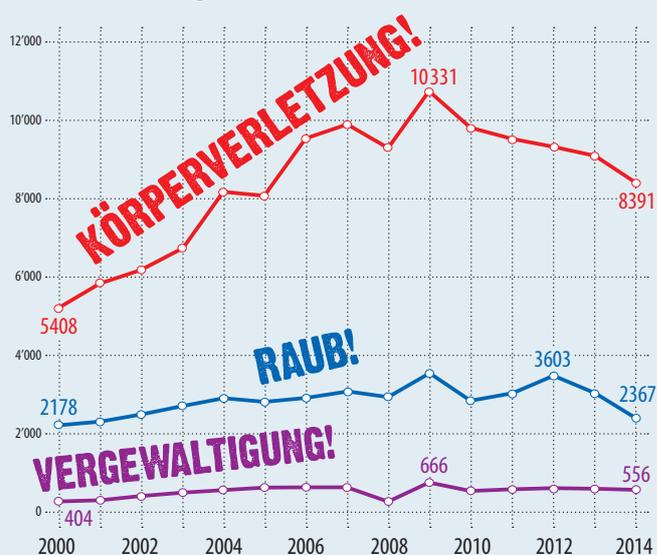
Die SVP fordert bei Gewaltdelikten deutlich höhere Strafen, insbesondere auch in Fällen, wo Polizisten oder Beamte angegriffen werden. Im Strafrecht können nur harte Sanktionen eine abschreckende Wirkung entfalten. Um den Handlungsspielraum des Richters einzuschränken, sind deshalb vermehrt Mindeststrafen angezeigt. Das Jugendstrafrecht, das auf minderjährige Täter Anwendung findet, muss dringend verschärft werden. Der Justiz muss die Möglichkeit gegeben werden, auch bei minderjährigen Tätern das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Zudem ist wegzukommen vom teuren, therapielastigen Vollzug. Die Haft soll kein Wellnessaufenthalt sein.

### Grenzen kontrollieren

Die Schweiz muss die Grenzen wieder so kontrollieren, wie sie es vor dem Beitritt zu Schengen getan hat. Ein Land, das seine Grenzen unkontrolliert öffnet, vergibt ein wesentliches Element seiner Souveränität. Ein System von offenen Grenzen von Polen bis Portugal und von Rumänien bis Belgien bringt der Schweiz Nachteile bei der Sicherheit. Dass eine lückenlose Kontrolle der Grenze nicht möglich ist, ist unbestritten.

Es hat jedoch eine nicht zu unterschätzende abschreckende Wirkung, wenn bei jedem Grenzübertritt mit einer Kontrolle gerechnet werden muss. Es erstaunt nicht, dass Delikte von Kriminaltouristen an den Grenzen und in Dörfern und Städten entlang der Autobahnen verübt werden. Bereits kurze Zeit nach dem Delikt sind die Täter wieder ausser Landes. Auch über die Vergabe von Visa muss die Schweiz wieder eigenständig entscheiden und Schengen-Visa nicht blind akzeptieren.

### Entwicklung der Straftaten 2000 – 2014



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014

## STANDPUNKTE

**Die SVP**

- fordert, dass die Interessen der Opfer konsequent höher gewichtet werden als jene der Täter;
- fordert die konsequente Umsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer. Die SVP hat mit der Durchsetzungsinitiative einen tauglichen Weg aufgezeigt;
- fordert, dass für die Sicherheit der Bevölkerung schnell und konsequent gegen Gewaltstraftäter vorgegangen wird;
- verlangt die Wiedereinführung von unbedingten Freiheitsstrafen auch unter sechs Monaten;
- fordert die Abschaffung bedingter Geldstrafen;
- verlangt, dass Straftäter auch ohne ihre Zustimmung zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt werden können. Wer sich weigert, hat eine doppelt so lange Freiheitsstrafe zu verbüßen;
- fordert die Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben und dass die Richter den Spielraum für längere Strafen des Strafgesetzbuches auch nutzen;
- verlangt ein Strafregister, in dem schwere Straftaten nicht gelöscht werden, damit Wiederholungstaten effektiv verhindert werden können;
- unterstützt eine Verschärfung der Urteile und schnelles Handeln der Gerichte insbesondere im Jugendstrafrecht;

## STANDPUNKTE

**Die SVP**

- fordert ein Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum;
- verlangt ein Umdenken im Strafvollzug: weniger Therapie, mehr Arbeit und Beteiligung an den verursachten Kosten;
- will, dass bei Kriminalstatistiken des Bundes Doppelbürgerschaften sowie ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird;
- fordert griffige Massnahmen gegen den Kriminaltourismus, insbesondere an den Grenzen;
- verlangt, dass die Schweiz wieder Grenzkontrollen einführt und den Schengen-Austritt anstrebt.

## VORTEILE +

**Das bringt mir**

- ✓ als Bürger Sicherheit vor Einbrüchen und Diebstählen;
- ✓ als Jugendlichen weniger Anmache und Pöbeleien im Ausgang;
- ✓ als Gewaltopfer die Gewissheit, dass die Täter aus dem Verkehr gezogen werden;
- ✓ als Richter und Polizist griffige Rechtsgrundlagen, um bei Verbrechen auch wirklich durchgreifen zu können.